

Mitteilungsblatt des Andreas Hofer Bund e.V. De

Neofaschisten fordern Auslieferung: Hände weg von unseren Freiheitskämpfern! Die neofaschistische Partei Fratelli d'Italia fordert im italienischen Parlament die sofortige Auslieferung der Süd-Tiroler Freiheitskämpfer an Italien. Die Süd-Tiroler Freiheit bezeichnet es als beschämend, dass es in Italien noch immer politische Kräfte gibt, die Süd-Tirol mit allen Mitteln Schaden zufügen wollen. Gegen diese Bestrebungen muss sich Süd-Tirol mit allen Mitteln zur Wehr setzen. Einmal mehr zeigt sich, wie wichtig es ist, dass die im Exil lebenden Freiheitskämpfer endlich begnadigt werden. Ausgerechnet jene Partei, deren Vorgänger die Süd-Tiroler gewalttätig entrechteten und italienisieren wollten, fordern nun im Namen der Gerechtigkeit die Auslieferung der Süd-Tiroler Freiheitskämpfer an Italien.

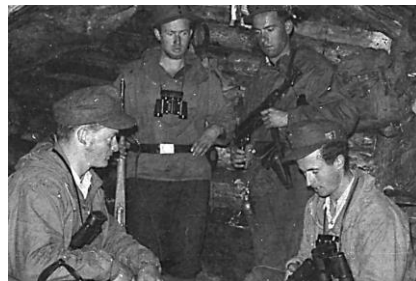
Wer sich gegen die verbrecherischen Methoden eines Staates zur Wehr setzt, der eine ethnische Volksgruppe auslöschen will, ist kein Verbrecher, sondern ein Widerstandskämpfer und Freiheitsheld!

Ohne den Einsatz der Süd-Tiroler Freiheitskämpfer wäre die Italiensierung Süd-Tirols fortgeführt und der Ausbau der Autonomie weiter verzögert worden. Süd-Tirol verdankt diesen Männern, die ihr ganzes Leben für die Heimat geopfert haben, unendlich viel.

Bereits im Juni wird die Süd-Tiroler Freiheit daher erneut einen

Beschlussantrag im Landtag zur Abstimmung bringen, mit dem die Begnadigung der Süd-Tiroler Freiheitskämpfer gefordert wird. Es ist an der Zeit, endlich einen Schlussstrich unter dieses leidvolle Kapitel der Geschichte zu ziehen.

Die Landesleitung der Süd-Tiroler Freiheit.



v.li: Siegfried Steger, Heinrich Oberlechner, Heinrich Oberleiter, Sepp Forer, im Bunker beim „Kofler zwischen den Wänden“ im Reintal, oberes Pustertal

Ansturm auf die Austro-Pässe
Seit 1. September 2020 können jüdische Vertriebene und ihre Nachfahren die österreichische Staatsbürgerschaft beantragen - und ihre eigene zusätzlich behalten. Im August sprach man von Behörden-seite von 50.000 bis 70.000 Betroffenen in einer Erstphase. Bereits am 1. September war es an der österreichischen Botschaft von Washington so weit: Der in der amerikanischen Kleinstadt lebende Craig Morse und sein Sohn Brenner erhielten zusätzlich zur amerikanischen die österreichische Staatsbürgerschaft in einer feierlichen Zeremonie verlie-

hen. Nicht die Einzigen: Fast die gesamte Morse-Familie wird sich um die Dokumente bewerben. Der Großteil der bisher mehr als 10.000 Anfragen kam aus Israel, Großbritannien, den USA und Südamerika. Laut Außenamt ist der Andrang weiterhin groß.

Aus „Kommentare zum Zeitgeschehen“ Feber 2021

Anmerkung der Redaktion:
Nur den eigenen Landsleuten immer noch völkerrechtswidrig besetzten Südtirols, gibt man keine. Das ist Staatsversagen und eine Schande für die österreichische Politik und Verrat am Volk.

*

Hofnamen und deutsche Straßennamen erhalten.

In vielen Gemeinden hat man bereits begonnen, die jahrhundertealten **Hofnamen** aus den Adressenlisten zu streichen, da diese in den „staatlichen italienischen Adressenlisten“ nicht aufscheinen.

Auch **Straßennamen** werden auf den neuen Personalausweisen nur mehr ausschließlich in italienischer Sprache abgedruckt, da es in den staatlichen Adressenlisten keine deutschen Straßennamen gibt.

Das ist INAKZEPTABEL!!! In Süd-Tirol besteht die Pflicht zur Zweisprachigkeit, die deutsche Sprache ist der italienischen Sprache vollkommen gleichgestellt. Keinesfalls darf akzeptiert werden, dass historische Hofnamen und deutsche Straßennamen verschwinden.

Die Süd-Tiroler Freiheit bringt daher diese Woche einen Beschlussantrag im Landtag zur Abstimmung, mit dem die Beibehaltung der Hofnamen sowie die verpflichtende Verwendung der deutschen Straßennamen gefordert wird.

*

60 Jahre Feuernacht 1961 - 2021
Der Südtiroler Heimatbund und der Südtiroler Schützenbund haben am 12. Juni gemeinsam in Frangart bei einer Gedenkfeier an die Feuernacht erinnert.

FRANGART. Der Abend begann mit der Frontabschreitung. Anschließend begrüßte Roland Lang, Obmann des Südtiroler Heimatbundes, rund 200 Schützen, Marketenderinnen und zahlreiche Interessierte, die zum Sepp-Kerschbaumer-Gedenkstein in Frangart gekommen waren. „Heute gedenken wir der beispiellosen Frauen und Männer, die ihr Leben selbstlos in den Dienst der Heimat stellten“; betonte Lang und erinnerte an die Nacht vom 11. auf den 12. Juni 1961, als 37 Strommasten in die Luft gesprengt worden waren, um international auf das Südtirol-Problem aufmerksam zu machen. Es folgte ein Wortgottesdienst, der von Diakon Hermann Pirpamer zelebriert wurde. Die Gedenkreden hielten die Historikerin Margareth Lun und Schützen-Ehrenlandeskommandant Elmar Thaler, der für eine Begnadigung plädierte. „Statt sich für ihren Mut zu bedanken, fabuliert man dann, ob denn die Anschläge hilfreich waren, sagt zum wiederholten Mal, Gewalt ist nie eine Lösung, oder bringt es sogar soweit, dass man sich mit satter Mehrheit im Landtag gegen eine „Begnadigung ausspricht“, so Elmar Thaler. Nach den Gedenkreden folgten die Heldenehrung und die Kranzniederlegung. Die Ehrenkompanie „Sepp Kerschbaumer“ Eppan feuerte eine Ehrensalue ab. Zum Abschluss der Gedenkfeier übergab Heimatbund-Obmann Lang dem Landeskommandanten-Stellvertreter Renato des Dorides ein Portrait des Freiheitskämpfers Luis Amplatz.

Christoph Höllrigl, aus „Zett“



Bei der Feier waren der Andreas Hofer Bund e.V. Deutschland und der Andreas Hofer Bund für Tirol

mit einer Fahnenabordnung anwesend (siehe Bild). Mit Abwesenheit glänzte die SVP und besonders beschämend war die komplette Abwesenheit des Nordtiroler Schützenbund.

*

Einweihung Franz Innerhofer Denkmal am Tummelplatz, Innsbruck

Die am 24. April 2021 auf Grund der herrschenden Pandemie verschobene Einweihung des Denkmals für das erste Opfer des italienischen Faschismus wird am Samstag, 4. September 14.00 Uhr nachgeholt.

Historie: Am 24. April 1921 wurde in Bozen ein friedlicher Trachtenumzug der einheimischen Bevölkerung zur Eröffnung der Bozener Frühjahrsmesse durch rund 420 italienische Faschisten, die überwiegend aus anderen Teilen Italiens angereist waren, gestört. Es kam zum ersten blutigen Übergriff seit der Annexion Südtirols durch das Königreich Italien. Unter den Augen der italienischen Behörden wurde nicht nur mit Knüppeln auf die Südtiroler eingedroschen, sondern es wurden auch unzählige Gewehrsalven in die Menge abgegeben und Granaten geworfen. Der aus Marling stammende Lehrer Franz Innerhofer starb dabei beim Versuch, den 8-jährigen Hans Theiner von einer Gruppe Faschisten zu beschützen, durch Schüsse im Hauseingang des Stillerhofes. Neben der Ermordung



Innerhofers wurden über 50 Südtiroler teils schwer verletzt. Der 25. April 1919 ist seither in der Erinnerung Tirols als Blutsonntag in die Geschichte eingegangen.

Im Gedenken an das Bozener Massaker wurde am Innsbrucker Rennweg bereits in den 1920er Jahren ein Denkmal errichtet, welches sofort nach dem Anschluss Österreichs (März 1938) an das Deutsche Reich durch die Nationalsozialisten entfernt wurde. Erst 2016 konnte den durch den unermüdlichen und jahrelangen Einsatz der AHB- Obleute, Ing. Josef Felder († 2016) und Ing. Winfried Matuella (†2020), und mit der Unterstützung der Laurin-Stiftung, sowie der Grundstückseigentümer Familie Wittauer, das Denkmal neu am Heldenfriedhof am Tummelplatz wiedererrichtet werden. Die Einweihung des Denkmals konnte bisher nicht erfolgen. Der ausstehende Segnungsakt wird am 4. September 2021 durch einen Priester nachgeholt. Wir ersuchen um pünktliches und festliches Erscheinen. Bitte achten Sie darauf, dass evtl. noch die COVID-bedingten Sicherheitsmaßnahmen (Maske und Abstand) eingehalten werden müssen.

*

Vor 75 Jahren: Ruf nach Freiheit! 20.000 Südtiroler fanden sich am 5. Mai 1946 auf Schloss Sigmundskron bei Bozen ein. SIGMUNDSKRON. Vor 75 Jahren - am 5. Mai 1946 - forderten 20.000 Südtiroler auf Schloss Sigmundskron die Selbstbestimmung. Der Landespolitiker Erich Amonn sprach dabei die berühmten Worte: „Herr, mach uns frei!“ Erstmals die Schlossruine Schauplatz einer großen politischen Veranstaltung. Bereits am 22. April 1946 waren 155.000 Unterschriften, die in ganz Südtirol gesammelt wurden, dem österreichischen Bundeskanzler Leopold Figl überreicht worden. Mit den Unterschriften wurde die Rückkehr Südtirols zu Österreich gefordert. Trotzdem lehnten die 4 Siegermächte die Forderung Österreichs nach einer Volksabstimmung in Südtirol endgültig ab.

Ann. der Redaktion: Zum Artikel „Vor 75 Jahren: Ruf nach Freiheit“ sei anzumerken, dass an dem Tag Südtirol schon an Italien

„verkauft“ war. Bereits vorher hat der damalige österr. Bundeskanzler Leopold Figl und sein zwielichtiger Atlas der Kärntner Rudolf Moser Südtirol an Italien ohne die Bevölkerung zu fragen überlassen. Nachzulesen im Buch von Helmut Golowitsch „Südtirol Opfer für das westliche Bündnis“ Das wird leider in dem Artikel nicht erwähnt.



155.000 Unterschriften wurden im Rahmen einer Großkundgebung in Innsbruck dem österreichischen Bundeskanzler Figl überreicht.

Auch in Innsbruck fand am 4. September 1946 vor der Hofburg mit 40.000 Menschen eine Kundgebung statt. Auch hier wurden die 155.000 Unterschriften für die Wiedervereinigung Tirols an den österr. Bundeskanzler Figl überreicht.

*

Angriffe auf Autonomie: Arzt soll gehen weil er Deutsch spricht. Die Angriffe auf die Autonomie hören nicht auf. Nachdem die italienische Ärztegewerkschaft ANAAO die österreichische Facharzt -ausbildung in Süd-Tirol zu Fall bringen will, folgt nun der nächste Paukenschlag: Ein Arzt aus Österreich ist aus dem Register der Ärztekammer in Süd-Tirol gestrichen worden und soll nun gehen, weil er „nur“ Deutsch spricht. Wie lange wollen Landeshauptmann Kompatscher und die SVP diesem Treiben noch tatenlos zusehen?

In den letzten Wochen hat in den Süd-Tiroler Spitälern eine regelrechte Kontrolljagd auf deutschsprachige Ärzte stattgefunden. Nun wurde der erste Arzt aus dem Verzeichnis der Ärztekammer gestrichen und soll gehen, weil er nicht ausreichend Italienisch spricht.

Wenn in Süd-Tirol Ärzte arbeiten die kein Wort Deutsch sprechen, ist das in Ordnung, wenn aber Ärzte angestellt werden die

nur Deutsch sprechen, dann sollen sie entlassen werden. Damit wird die deutschsprachige Bevölkerung systematisch diskriminiert und Stück für Stück der Autonomie ausgehöhlt, um das Gesundheitswesen zu italienisieren.

Das Recht auf Gebrauch der deutschen Sprache in Süd-Tirol ist eine der wichtigsten Grundsäulen der Autonomie. Es wäre die primäre Aufgabe des Landeshauptmannes die Autonomie zu verteidigen und mit allen politischen und rechtlichen Mitteln gegen die permanenten Angriffe vorzugehen. Bisher tut er jedoch gar nichts und verschlimmert damit die Situation.

Warum schickt Landeshauptmann Kompatscher keine Protestnote nach Rom?

Warum nutzt Landeshauptmann Kompatscher die Koalition mit der Lega in Süd-Tirol nicht, um von der italienischen Regierung die Einhaltung der Autonomie einzufordern?

Warum schaltet Landeshauptmann Kompatscher nicht die Schutzmachtfunktion Österreichs ein, um gegen die Angriffe auf die Autonomie vorzugehen? Wenn sich Süd-Tirol nicht mehr gegen die Beschneidung der Autonomie zur Wehr setzt, darf es sich auch nicht wundern, wenn Italien die Autonomie weiter aushöhlt.

L.-Abg. Sven Knoll, Süd-Tiroler Freiheit.

*

10.793 Einbürgerungen: „Ausländer von heute sind Italiener von morgen!“ Es werden immer mehr! Eine Anfrage der Süd-Tiroler Freiheit hat ergeben: In den letzten fünf Jahren hat es in Süd-Tirol 10.793 Staatsbürgerschaftsverleihungen an Ausländern gegeben. Die Süd-Tiroler Freiheit betrachtet Dies als Bedrohung für die deutsch- und ladinischsprachige Volksgruppe in Süd-Tirol, zumal sich die meisten Ausländer in die italienische

Sprachgruppe eingliedern. Auch der Proporz – die wichtigste Säule der Autonomie – wird somit langsam, aber sicher ausgehöhlt.

Eine überwiegende Integration der Ausländer in die italienische Sprachgruppe wird langfristig den Proporz in Süd-Tirol verändern, da – wenn es künftig so weiter geht – der prozentuale Anteil deutscher Süd-Tiroler stetig abnimmt. Daher ist es unabdingbar dafür zu sorgen, dass Ausländer auch die deutsche Sprache erlernen!

Außerdem lassen sich die meisten Ausländer in Städten wie Bozen oder Meran nieder. Sollte diese Entwicklung so weiter gehen, ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis die Städte, in denen Ausländer hauptsächlich leben, mehrheitlich italienisch werden.

Abschließend warnt die Süd-Tiroler Freiheit: „Die Ausländer von heute sind die Italiener von morgen.“

L.-Abg. Sven Knoll, Süd-Tiroler Freiheit.

*

Brief an EU-Abgeordnete: Streaming-Dienste auf Deutsch gefordert.

Das Geoblocking verwehrt uns Südtirolern bis heute den uneingeschränkten Zugriff auf deutsche Inhalte im Internet. Streaming-Dienste wie Netflix, Dienste für E-Books, Podcasts u.v.m. sind in Südtirol nur zum Teil nutzbar, da die meisten Inhalte lediglich in italienischer Sprache zur Verfügung stehen. Die Junge Süd-Tiroler Freiheit, die Junge Generation in der SVP, die ASGB-Jugend und die Südtiroler Bauernjugend wollen das ändern und haben sich zusammengesetzt.

Mit einem gemeinsamen Brief an die Tiroler EU-Abgeordneten wollen die Jugendorganisationen dem Ziel einen Schritt näherkommen.

Immer mehr Zuschauer – vor allem junge Menschen – wechseln von traditionellen Fernsehsendern zu Streaming-Diensten wie Netflix, Amazon Prime, iTunes und Co.

Allein der Streaming-Dienst Netflix bringt es mittlerweile auf fast 200 Millionen bezahlte Mitgliedschaften. In Südtirol ist man allerdings auf die italienischen Versionen der Streaming-Dienste angewiesen. Das bedeutet, dass lediglich Exklusiv-Titel und wenige andere auf Deutsch zur Verfügung stehen. Den großen Rest gibt es nur auf italienisch.

Um auf dieses Problem aufmerksam zu machen, hat die Landtagsfraktion der Süd-Tiroler Freiheit eine Landtagsanfrage ausgearbeitet. Landeshauptmann Arno Kompatscher bestätigte, dass man mit dieser Anfrage den Finger in eine offene Wunde legt. Außerdem sagte der Landeshauptmann in seiner Antwort, dass bei diesem Thema „die EU-Kommission und das Europäische Parlament eigentlich sehr viele Hebel in den Händen hätten.“

Die Junge Süd-Tiroler Freiheit, die Junge Generation in der SVP, die ASGB-Jugend und die Südtiroler Bauernjugend wenden sich daher mit einem Brief an Herbert Dorfmann, EU-Abgeordneter der SVP, und an Barbara Thaler, EU-Abgeordnete der ÖVP. Sie sollen sich im EU-Parlament dafür stark machen, dass uns Südtirolern endlich der uneingeschränkte Zugriff auf deutsche Inhalte im Internet gewährt wird.

Die vier Jugendorganisationen sind sich einig: „In einem vereinten Europa muss es möglich sein, Streaming-Inhalte und alle anderen Inhalte in seiner Muttersprache abzurufen – unabhängig davon, in welchem Land der EU man lebt.“

Junge Süd-Tiroler Freiheit; Junge Generation in der SVP; ASGB-Jugend; Südtiroler Bauernjugend

Einbürgerungszahlen: Ausländer müssen auch Deutsch können!

Anfragen der Süd-Tiroler Freiheit ergaben, dass es in Südtirol im Zeitraum von 2014 bis 2020 13.069 Staatsbürgerschaftsverleihungen an Ausländern gab, die nun „Italiener“ sind. Die Süd-Tiroler Freiheit betrachtet diese Entwicklung mit

Sorge, da sich der Großteil der Ausländer in die italienische Sprachgruppe integriert, mit Auswirkungen u.a. auf den Proporz. „Es muss sichergestellt werden, dass Ausländer auch die deutsche Sprache erlernen und ebenso in ein deutsches Umfeld eintauchen“, meint die Süd-Tiroler Freiheit.

Wenn sich Ausländer fast ausschließlich in die italienische Sprachgruppe integrieren, bedeutet dies langfristig eine massive Veränderung der Sprachgruppenzusammensetzung in Südtirol. Dies schadet Südtirols Autonomie, da dadurch die wichtigste Säule davon, der Proporz, langsam, aber sich ausgehöhlt wird.

„Es muss dafür Sorge getragen werden, dass Menschen, die zu uns kommen, über die Situation in Südtirol informiert werden. Es geht nicht an, dass Ausländer im Glauben hierherziehen, nach Italien zu kommen und daher nur italienisch lernen“, betont die Süd-Tiroler Freiheit.

Noch gehört die Mehrheitsbevölkerung in Südtirol der deutschen Sprachgruppe an. „Damit das auch so bleibt, braucht es konkrete Maßnahmen in der Einwanderungspolitik, um Ausländer gezielt in die deutsche Sprachgruppe zu integrieren. Wir dürfen diese Entwicklung, dass die Ausländer von heute zu den Italienern von morgen werden, nicht weiter ignorieren. Ansonsten steht die Zukunft Südtirols auf dem Spiel!“, schreibt die Süd-Tiroler Freiheit.

Südtirol Freiheit – Landtagsklub.

9. Juni 2021; Verrat an Volk und Heimat: SVP stimmt GEGEN Begnadigung/Amnestie der Freiheitskämpfer!

Die Süd-Tiroler Freiheit zeigt sich schockiert. Im Südtiroler Landtag wurde heute ein Antrag zur Abstimmung gebracht, der die Begnadigung/Amnestie der verbliebenen Süd-Tiroler Freiheitskämpfer der 60er Jahre vorsah. Der Landtag sollte anlässlich 60 Jahre Feuernacht ein klares Zeichen setzen und sich dafür aussprechen,

dass die Freiheitskämpfer endlich heimkehren dürfen. Die SVP hat diesen Antrag jedoch abgelehnt. Erstmals in der Geschichte Südtirols hat sich die SVP damit gegen die Freiheitskämpfer gestellt und zusammen mit Neofaschisten und Nationalisten gegen die Heimkehr der Freiheitskämpfer gestimmt. Ein nie dagewesener Verrat an der Geschichte Südtirols und an den Süd-Tiroler Freiheitskämpfern.

Die Freiheitskämpfer der 60er Jahre haben ihr Leben riskiert, damit wir Süd-Tiroler unsere Volksgruppenrechte erhielten. Ohne die Feuernacht, mit der die Weltöffentlichkeit auf das Südtirol-Problem aufmerksam gemacht wurde, hätte Italien die Autonomieverhandlungen weiter verzögert und die Italienisierung ungehindert fortgeführt. Seit 60 Jahren müssen die Freiheitskämpfer nun im Exil leben und werden dafür bestraft, dass sie sich für den Erhalt von Sprache und Kultur in unserem Land eingesetzt haben.

Sven Knoll, Landtagsabgeordneter der Süd-Tiroler Freiheit, stellt erneut klar: „Die Süd-Tiroler Freiheitskämpfer sind keine Terroristen und ihre Verfolgung und Verurteilung erfolgte außerhalb demokratisch-rechtsstaatlicher Normen.“ Auch die Landtagsabgeordnete der Süd-Tiroler Freiheit, Myriam Atz-Tammerle, betont: „Ohne die verbrecherischen Methoden des italienischen Staates, der unsere Volksgruppe entrechten und auslöschen wollte, hätte es keines gewaltsamen Widerstandes bedurft“

Es ist daher höchst an der Zeit, endlich einen Schlussstrich unter dieses Kapitel der Geschichte zu ziehen!

Durch die Genehmigung des Antrags der Süd-Tiroler Freiheit hätte der Landtag die Möglichkeit gehabt, die Forderung Südtirols nach einer Begnadigung bzw. Amnestie der Freiheitskämpfer nochmals offiziell zu unterstreichen und somit ein klares Zeichen Richtung Rom zu senden. „Die SVP hat diese Möglichkeit nicht wahrgenommen und zeigt dadurch erneut, wie undankbar sie sich gegenüber

unseren Helden der Heimat verhält“, kritisieren Sven Knoll und Myriam Atz-Tammerle.

Nichtsdestoweniger wird die Süd-Tiroler Freiheit weiterhin dafür kämpfen, dass die Freiheitskämpfer endlich in ihre Heimat und zu ihren Familien zurückkehren können! „Das Vermächtnis der Süd-Tiroler Freiheitskämpfer ist uns ein politischer Auftrag“, unterstreicht die Süd-Tiroler Freiheit.

Süd-Tiroler Freiheit, Landtagsklub.

✱

Wie tief seid Ihr gesunken!

Die ehemalige Landtagsabgeordnete Eva Klotz ruft anlässlich der Ablehnung des Beschlussantrages der Süd-Tiroler Freiheit zur Begnadigung der ehemaligen Freiheitskämpfer durch die SVP im Landtag folgendes in Erinnerung: Mit Unterstützung der SVP war im Jahr 2002 ihr Beschlussantrag betreffend Begnadigung zur Plenarsitzung des Dreier-Landtags in Riva zugelassen worden. Er hatte folgenden Wortlaut: „Der Südtiroler Landtag, der Tiroler Landtag und der Landtag der autonomen Provinz Trient fordern die jeweiligen Landesregierungen auf, aus humanitären Gründen die Begnadigung der wegen der in den 60er Jahren in Südtirol verübten Attentate verurteilten Personen voranzutreiben und die in den vergangenen Jahren diesbezüglich unternommenen Bemühungen österreichischer, italienischer und Südtiroler Stellen zu unterstützen und zu fördern“.

Der Beschlussantrag war in der Interregionalen Kommission mehrheitlich angenommen worden. Die Trentiner Abgeordneten hatten dann in Riva wohl in Folge des italienischen Medienfeuers kalte Füße bekommen und mit wenigen Ausnahmen gegen den Antrag gestimmt. Damit fiel der Antrag, denn die Geschäftsordnung sah vor, dass ein Antrag nur als angenommen gilt, wenn alle 3 Landtage zustimmen. Wegen dieses Eklats wurde der 3er Landtag damals aufgelöst, die SVP war nicht bereit, mit den Trentinern, die allen in den Rücken gefallen waren, an jenem Tag weiter zu arbeiten.

Daran, und an die Tatsache erinnernd, wie oft in den letzten Jahren diesbezügliche Anträge vertagt wurden, weil angeblich nie der „richtige Zeitpunkt“ war, ergeht an die heutige Führungsspitze der SVP der Ruf: Heute wäre der richtige Zeitpunkt gewesen! Wie tief seid Ihr gesunken!

Eva Klotz, ehemalige Landtagsabgeordnete der Süd-Tiroler Freiheit.

✱

Der Landeshauptmann zieht sein Ding durch. Kein Entrinnen vor „Alto Adige“.

„Care altoatesine e cari altoatesini!“ Mit dieser Anrede wendet sich der Süd-Tiroler Landeshauptmann Arno Kompatscher an die italienischsprachigen Bürger Südtirols. Unlängst tat er dies beispielsweise in seinem persönlichen Aufruf zur Einhaltung der Coronabestimmungen, der in allen Süd-Tiroler Gemeinden ausgehängt wurde. Der im Dezember letzten Jahres vom Süd-Tiroler Landtag gefasste Beschluss, den Begriff „Alto Adige“ bzw. die Ableitung „altoatesino“ in der Landesgesetzgebung durchdrücken zu wollen, zeigt seine Auswirkungen auf allen Ebenen. Zur Erinnerung:

Die Landtagsfraktion der Süd-Tiroler Freiheit konnte erwirken, dass beide Begriffe zumindest im Europagesetz durch die verfassungsmäßigen Bezeichnungen „(della) provincia (autonoma) di Bolzano“, ersetzt werden, woraufhin der Landeshauptmann, nach heftigen Protesten von italienischer Seite, zurückruderte. Seit seinem Rückzieher wird mehr denn je deutlich: Mit „Alto Adige“ und „altoatesino“ will der Landeshauptmann ein klares Signal aussenden; Süd-Tirol soll von den Italienern keinesfalls mit Tirol in Verbindung gebracht werden, sondern als „Hochetsch“ wahrgenommen werden. Und die Süd-Tiroler Bürger italienischer Zunge sollen sich als „Hochetschbewohner“ fühlen. Mit einer derart verfehlten und nur scheinbar politisch korrekten Namenpolitik leistet der Süd-

Tiroler Landeshauptmann einen entscheidenden Beitrag zur Aufrechterhaltung und Vertiefung der Spaltung Süd-Tirols und seiner Bewohner: Auf der einen Seite gibt es Süd-Tirol und die Süd-Tiroler, auf der anderen Seite gibt es das Alto Adige und die altoatesini. Wenn zweimal das Gleiche gemeint ist, ist es noch lange nicht dasselbe. Eigentlich wären von einem Landeshauptmann Mut und Weitblick zu erwarten. Mut, indem er sich klar und deutlich von der vom Faschismus herrührenden imperialistischen Toponomastik distanziert und sich nicht weiterhin von fanatischen Faschismusverstehern und -verteidigern treiben lässt. Weitblick, indem er erkennt, dass es gilt, langfristig das kleine Land Süd-Tirol und dessen Bevölkerung zu einen statt zu spalten. Dabei es wäre es doch so einfach: es gibt nur ein Süd-Tirol oder Südtirol, ein Sud Tirolo oder Sudtirolo, ein South Tyrol, demnach mit dem Konzept „Süd“ und „Tirol“. Ein „Hochetsch“ ist völlig fehl am Platz!

Dr. Cristian Kollmann, Toponomastikexperte. Aus „Tiroler Stimmen“ 04/20

✱

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG vom 24.2.2021

der Abgeordneten Peter Wurm, Gerald Hauser und weiterer Abgeordneter betreffend

Toponomastik-Landesgesetz im Südtiroler Landtag

Das Südtiroler Autonomiestatut sieht unter § 101 die Erlassung eines Landesgesetzes zur Feststellung der deutschen Namen vor. 2012 wurde nach zähem Ringen im Südtiroler Landtag endlich das Toponomastik-Landesgesetz angenommen, welches jedoch von der italienischen Regierung vor dem Verfassungsgericht angefochten wurde. 2019 wurde das Landesgesetz schließlich von Südtirol zurückgezogen und seither kam es zu „keinem weiteren Anlauf zur Lösung dieser Materie“, wie auch im Bericht des Bundesministers für europäische und internationale Angelegenheiten an den Nationalrat betreffend Südtirol Autonomie-

entwicklung 2018 - 2020 zu lesen ist. Im Pariser Abkommen (1946) Artikel 1 heißt es: „*In Übereinstimmung mit den bereits erlassenen oder zu erlassenden gesetzlichen Maßnahmen wird den Staatsbürgern deutscher Zunge im besonderen gewährt: b) Gleichberechtigung der deutschen und italienischen Sprache in öffentlichen Ämtern und amtlichen Urkunden wie auch in der zweisprachigen Ortsnamengebung*“. Bis heute sind aber die deutschen Orts- und Flurnamen rechtlich bzw. amtlich nicht anerkannt, sondern auf dem Gebiet der Provinz Bozen nur geduldet. Toponyme spielen für die Identität von menschlichen Gemeinschaften und vor allem von ethnischen und sprachlichen Minderheiten eine entscheidende Rolle. Das Verhältnis von Mensch und Raum äußert sich sprachlich vor allem in Flur-, Orts- und Bergnahmen und prägt grundlegend die Identität von menschlichen Gruppen. Somit stellt die überlieferte deutsche Toponymie der Südtiroler ein unverzichtbares kulturelles Erbe dar, das es zu schützen und gesetzlich zu verankern gilt. Im Bericht zur Autonomieentwicklung Südtirols wird eingangs festgehalten: „Südtirol hat weiterhin einen besonderen Stellenwert in der österreichischen Außenpolitik. Österreich wird auch in Zukunft an der Seite Südtirols stehen und seine Schutzfunktion wahrnehmen“. Nun wäre der Zeitpunkt diese Schutzfunktion auszuüben und den formulierten besonderen Stellenwert Südtirols für Österreich unter Beweis zu stellen. Es wäre ein notwendiges Zeichen, wenn Österreich Südtirol und seinem Landtagsignalisieren würde, dass es hinter ihrem kulturellen Erbe und damit einer erneuten Behandlung des Toponomastik-Landesgesetzes steht. Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden **Entschließungsantrag**: Der Nationalrat wolle beschließen: „Der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten wird aufgefordert, mit dem Südtiroler Landtag in Verbin-

dung zu treten und diesem seine Unterstützung für eine Neubehandlung des Toponomastik-Landesgesetzes im **1359/A(E) 1 von 2 vom 24.02.2021 (XXVII. GP)** Südtiroler Landtag zu versichern. Ferner wird der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten aufgefordert, mit der italienischen Regierung auf diplomatischem Wege in Verhandlungen zu treten, um eine solche Neubehandlung des Landesgesetzes ohne Einspruch des italienischen Verfassungsgerichtes zu ermöglichen.“

In formeller Hinsicht wird ersucht, diesen Antrag dem Außenpolitischen Ausschuss zuzuweisen.



ENTSCHLIESSUNGSANTRAG vom 24.2.2021 der Abgeordneten Peter Wurm, Gerald Hauser und weiterer Abgeordneter betreffend **Amnestie für die letzten Südtiroler Freiheitskämpfer**. Knapp 60 Jahre nach Beginn des Südtiroler Freiheitskampfes sind bereits einige Amnestien von Personen erfolgt, welche sich nichts anderes zu Schulden kommenließen, als für die Freiheit in ihrer Heimat einzutreten und für ein selbstständiges Süd-Tirol zu kämpfen. Es ist in einem Europa der offenen Grenzen und einem Europa, dessen Staaten sich zur Europäischen Menschenrechtskonvention bekennen, unverständlich, dass heute nach wie vor Personen, die in den sechziger Jahren für die Freiheit und die Autonomie Südtirols gekämpft haben, nicht nach Italien einreisen dürfen. Bereits 1998 haben vier ehemalige Südtirolaktivisten, nämlich Heinrich Klier, Peter Matern, Wolfgang Pfaundler und Gerhard Pfeffer vom damaligen italienischen Staatspräsidenten Amnestie erhalten. Im Jahr 2015 hat der Südtiroler Landtag mit überzeugender Mehrheit einen Antrag zur Begnadigung der Süd-Tiroler Freiheitskämpfer angenommen, nicht zuletzt nachdem es im Fall Tiralongo und der Parze-Scharte neue Erkenntnisse gegeben hatte, die auf zeigen, dass die „Pusterer Buam“

zu Unrecht beschuldigt werden. So stimmte erst 2018 die Staatsanwaltschaft Brescia einem Gnadengesuch für den Freiheitskämpfer Heinrich Oberleitner zu. Im letzten Schreiben des Südtirol Ausschusses wurde gemeinsam von Hermann Gahr (ÖVP), Hermann Krist (SPÖ) und Werner Neubauer (FPÖ) an Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen daher appelliert, sich für die Amnestie der noch lebenden Süd-Tiroler Freiheitskämpfer einzusetzen. Im April 2018 teilte Van der Bellen mit, diesem Gesuch bei nächster Gelegenheit nachzukommen. Seither ist nichts passiert. Österreich hat als Schutzmacht Südtirols die moralische Verpflichtung, sich für eine umgehende Amnestie einzusetzen. Die Beschuldigten wurden entgegen jeglicher Form der Rechtsprechung ohne Anhörung und ohne Rechtsvertretung in Abwesenheit verurteilt. Die Annahme dieses Antrages wäre ein Zeichen dafür, dass sich die Abgeordneten des Österreichischen Nationalrates endlich um eine humanitäre und gerechte Lösung bemühen. Es ist daher dringend an der Zeit, einen abschließenden Akt der Menschlichkeit zu setzen und den verbliebenen Freiheitskämpfern an ihrem Lebensabend die Rückkehr in ihre Heimat zu gewähren. Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden **Entschließungsantrag**. Der Nationalrat wolle beschließen: „Die Bundesregierung und der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten wird aufgefordert, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und in Verhandlungen mit der italienischen Staatsregierung und dem italienischen Staatspräsidenten sowie dem Südtiroler Landtag zu treten, um eine Amnestie- auch aus humanitären Gründen - zu erwirken.“

In formeller Hinsicht wird ersucht, diesen Antrag dem Außenpolitischen Ausschuss zuzuweisen.



ENTSCHLIESSUNGSANTRAG vom 24.2.2021 der Abgeordneten Peter Wurm, Gerald Hauser und weiterer Abgeordneter Im Bericht des Bundesministers für europäische und internationale Angelegenheiten an den Nationalrat betreffend Südtirol Autonomieentwicklung 2018 - 2020 ist wie auch schon nahezu gleichlautend im Bericht von 2013 zuvor zu lesen: „Darüber hinaus besteht für Österreich kein Zweifel, dass die Südtirol-Autonomievölkerrechtlich auch auf dem Selbstbestimmungsrecht beruht, das als fortbestehendes Recht von Südtirol in Form weitgehender Autonomie ausgeübt wird.“ In einem Rechtsgutachten über die Geltung des Selbstbestimmungsrechts für die deutsche und ladinische Volksgruppe des Völkerrechtsexperten Univ.-Prof. Dr. Peter Pernthaler wird klargestellt, dass weder das „innere“ noch das „äußere Selbstbestimmungsrecht“ Südtirols durch die Autonomie aufgehoben oder verbraucht worden ist. Das Gutachten stellt weiter fest, dass Österreichs politische und völkerrechtliche Verantwortung als Schutzmacht für die deutsche und ladinische Volksgruppe in den Dienst des Selbstbestimmungsrechts gestellt werden muss, wenn der politische Wille der Südtiroler dies nachdrücklich verlangt. Das Selbstbestimmungsrecht, das auch die italienische Verfassung anerkennt, muss selbstverständlich von den Betroffenen selbst wahrgenommen werden. In diesem Sinne hat bereits am 9. Oktober 2014 der Südtiroler Landtag folgende Beschlüsse gefasst: „*Der Südtiroler Landtag unterstreicht, dass Süd-Tirol gegen den Willen der Bevölkerung vom Vaterland Österreich abgetrennt wurde und bezeichnet die unfreiwillige Angliederung Süd-Tirols an Italien als Unrecht.*“ Und „*Der Südtiroler Landtag sich zu den UN-Menschenrechtspakten und bekräftigt das in Artikel 1 verankerte Selbstbestimmungsrecht der Völker auch für Süd-Tirol.*“ Die im Südti-

rol-Autonomiebericht abermals gewählte Formulierung nach der „die Südtirol-Autonomie völkerrechtlich auch auf dem Selbstbestimmungsrecht beruht, das als fortbestehendes Recht von Südtirol in Form weitgehender Autonomie ausgeübt wird.“, ist bestenfalls unklar und zweideutig, schlimmstenfalls eine Absage an die völkerrechtlichen Prinzipien und den Willen der Südtiroler. Sie hat auch bereits in der Vergangenheit zu Protesten aus dem Südtiroler Landtag geführt. Deshalb bedarf es im Sinne des Weiterbestehens des Rechts der Selbstbestimmung der Südtiroler einer Klarstellung. Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden **Entschließungsantrag**. Der Nationalrat wolle beschließen: „Der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten wird aufgefordert, in Hinkunft die österreichische Außenpolitik in Abstimmung mit den durch Beschluss des Südtiroler Landtages vom 9. Oktober 2014 formulierten Grundprinzipien des Selbstbestimmungsrechts im Sinne des Art. 1 des UN Zivilrechtspaktes auszurichten. Weiteres wird der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten zur Vermeidung von Doppeldeutigkeiten und Missverständnissen aufgefordert, in allen hinkünftigen weiteren Veröffentlichungen des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten klar festzuhalten, dass das Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler bis heute nicht – auch nicht durch die bestehende Autonomie – verwirkt ist.“

In formeller Hinsicht wird ersucht, diesen Antrag dem Außenpolitischen zuzuweisen.

*

Leserbriefe

SPRACHKENNTNISSE

Proporz in der Notaufnahme. Mit einer, noch nicht lange zurückliegend, im Leserbrief von mir geschilderten Gefahr „Immigration Proporzverletzung“ weise ich nun auf eine sich kürzlich zu-

getragene Situation hin: Eine Frau, Anfang 70, suchte nicht zum Vergnügen die Notaufnahme in Meran auf. Der diensthabende Arzt der Ersten Hilfe (nichteuropäischer Herkunft) stellte ihr die Frage, ob sie Italienisch spreche. Die Frau mit ihrem Krankheitsbefinden antwortete, dass für diese Situation mit Fremdwörtern ihre Italienischkenntnisse nicht ausreichend seien. Aggressiv bekam sie zur Antwort: „Signora, ma siamo in Italia, non in Austria!“ („Frau, wir sind hier in Italien, nicht in Österreich“) *Anm. der Red.* Da stellt sich die Frage: Ob die dysfunktionalen Funktionäre solche Vergehen mit Gefallen hinnehmen oder sie fördern? Weiterer Kommentar überflüssig! Ich wiederhole das Zitat des Politikwissenschaftler Roland Benedikter: Wenn unregulierte Migration unsere Autonomie unterhöhlt, werden wir und vor allem unsere Kinder ärmer und zwar buchstäblich!

Josef Vidal, Rabland

*

ZERRISSENES TIROL

Die Mitschuld der Entente Wenn ich politischen Lesestoff oder geschichtliche Bücher lese, erfahre ich immer wieder, dass den Südtirolern von Italien großes Unrecht zugefügt wurde und wird. Es wird kaum darauf hingewiesen, dass eine Schuld den Westmächten angelastet werden soll. Haben die ja vor dem Ersten Weltkrieg dazu beigetragen, dass Tirol zerrissen wurde. Italien war Mitglied des sogenannten „Dreibunds“ mit Österreich und Deutschland. Die Westmächte, die Entente, lockten Italien, dass dieses aus dem genannten Bund austritt und der Entente beitrifft. Sie versprachen, Italien zu helfen, Südtirol ungerechterweise einzunehmen.

Johann Kahn, St. Martin/Gsies

*

Zu 60 Jahre Feuernacht

Eva Klotz fragte in ihrem Leserbrief vom 16. Juni Chefredakteur Toni Ebner, ob ohne Feuernacht es unsere Autonomie noch gäbe. Die Leserbrief-Redaktion antwortete:

„Die Autonomie hat es trotz der Attentate gegeben und nicht wegen der Attentate“ Ich finde da sollte man schon ein bisschen differenzieren. Wenn z.B. die Anschläge isoliert abgelaufen wären, ohne dass das Ausland Notiz genommen hätte, dann - da bin ich mir sicher - wäre alles verspielt gewesen. Nachdem aber durch die Anschläge das Südtirol-Problem auf die internationale Bühne gehievt wurde, bekamen der Pariser Vertrag und unsere Schutzmacht an Gewicht.

Italien hat weder das eine noch das andere ernst genommen. Es betrachtete Südtirol als innere italienische Angelegenheit. Durch die Internationalisierung sah sich Italien schlussendlich genötigt, die Verpflichtungen Südtirol gegenüber ernst zu nehmen.

W.F.Lana

Die Leserbrief-Redaktion antwortete: Südtirol war schon vor den Anschlägen auf der internationalen Bühne.

Anmerkung d. AHB Redaktion: Mag schon sein, dass Südtirol auf der „internationalen“ Bühne war. Aber geschehen ist nichts von 1945 bis 1960. Erst als die Feuerkraft war, wurde das Südtirol Problem in der UNO auf Druck ernst genommen.

*

60 JAHRE FEUERNACHT
Notwehr gegen Unterdrückung
Vor 60 Jahren wurde die Welt durch die Sprengung von 37 Strommasten aufgeschreckt und auf die Entrechtung Südtirols, dem bis heute das Selbstbestimmungsrecht der Völker verweigert wird,

aufmerksam. Menschen wurden weder verletzt noch getötet Italien hat danach Unbeteiligte getötet und Gefangene zu Tode gefoltert, die Folterknechte ausgezeichnet. Österreichs Verhalten damals und heute empfinde ich beschämend. Südtirolern wird die Doppelstaatsbürgerschaft nach wie vor verweigert. Die in Italien nicht gefassten „Pusterer Buam“ leben seither in Verbannung. Sie sollen ein Gnadengesuch die Rückkehr in ihre Heimat einreichen, fordert NR Gahr (ÖVP), Vorsitzender des Südtirol-Ausschusses des österr. Nationalrats. Eine Amnestie, längst überfälliges Versöhnungszeichen Italiens, lehnt er ab! Wer hat Notwehrmaßnahmen gegen Unterdrückung provoziert? Hier kommt es zur Täter-Opfer Umkehr! Dahin gehend erlebe ich die nicht zum ersten Mal. die Betroffenen kein Gnadengesuch eingereicht haben, untermauert dies ihre Haltung von damals. Ein Gnadengesuch, ein Eingeständnis, Verbrecher zu sein, wäre Verrat an der eigenen Sache. Sie werden wie Georg Klotz nach ihrem Tod heimkehren (dürfen).

Mag. J. W. sen., Innsbruck

Die Veröffentlichung der Leserbriefe findet mit ausdrücklicher Genehmigung der Autoren statt

*

Der Südtiroler Schützenbund informiert:

7. August Übergabe der Standardschützenfahne Baon Ulten,
7. August Innsbruck Gedenkfeier in der Sachsenklemme.

8. August SK Spinges: Bergmesse am Stoanamandl

28. August Hochtirolofest in Kasern

*

Auf diesem Wege möchte sich der Andreas Hofer Bund bei den treuen Spendern aufs herzlichste bedanken. Sie machen es möglich die Arbeit für unsere Freunde und Landsleute im südlichen Teil Tirols aufrecht zu erhalten.

*

Andreas Hofer Bund e.V. De

Nächste Zusammenkunft am 31. Juli 14.00 Uhr. Ort und Zeit wird den Mitgliedern zeitnah bekanntgegeben.

*

Andreas Hofer Bund für Tirol

Nächste Zusammenkunft:
24. Juli Mitgliederversammlung in Kaltern. Ort und Zeit wird den Mitgliedern zeitnah bekanntgegeben.

4. September 14.00 Uhr, Einweihungsfeier Franz Innerhofer Denkmal am Heldenfriedhof Tummelplatz in Innsbruck.

*

Als Hinweis erlauben wir uns anzufügen, dass der Bundesvorstand und Bundesleitungsmitglieder, Arbeitskreise und Landesverbände ehrenamtlich tätig sind und keine Vergütungen erhalten.

*

Unterstützen Sie bitte den Volkstumskampf unserer Landsleute im südlichen Teil Tirols und werden Sie Mitglied im Andreas Hofer Bund e.V. Deutschland.

*

Besuchen Sie die Internet Auftritte:
Südtiroler Schützenbund:

www.schuetzen.com

Andreas Hofer Bund e.V. De:
www.andreas-hofer-bund.de

Andreas Hofer Bund für Tirol:
www.andreashoferbund.tirol

Südtiroler Heimatbund:

www.suedtiroler-freiheitskampf.net

Redaktionsschluss für das nächste Berg-Feuer 4/2021 ist Freitag, der 15. Oktober 2021

Impressum: Herausgeber und Verleger: Andreas-Hofer-Bund e.V., Bundesleitung, Postfach 11 16; D-82451 Garmisch-Partenkirchen
Der Andreas-Hofer-Bund ist parteipolitisch neutral. Die Bezugsgebühr ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Anschrift und Schriftleitung: Berg-Feuer, Hermann Unterkircher, 82467 Garmisch-Partenkirchen, Fax: 08821-946 1551
E-Mail: Schriftleitung-Bergfeuer@web.de

Verantwortlich i.S.d.P.: Bundesvorsitzender Hermann Unterkircher, Postfach 11 16; D-82451 Garmisch-Partenkirchen

Druck: Kopierzentrum Homburg, Talstraße 53, 66424 Homburg, Fax.: 0 68 41 / 120 006

Bankverbindung: Postbank München: IBAN: DE58 7001 0080 0054 1008 01; BIC: PBNKDEFF